

Kurzprotokoll der Septembersession 2000

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Wahlen](#)
- [Eintritte](#)
- [Rücktritte](#)
- [Einzelinitiative](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)
- [Einfache Anfrage](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 11. und dem 12. September fand unter dem Vorsitz von Ruedy Scheidegger, Dagmersellen, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren dringliche parlamentarische Vorstösse zum Thema rechtsextremistische Umtriebe und das regierungsrätliche Strategiepapier "Bekämpfung des Rechtsextremismus", ferner die Verabschiedung einer grösseren Teilrevision der Strafprozessordnung sowie die 1. Beratung einer Änderung der Staatsverfassung über das Verfahren zur Totalrevision der Staatsverfassung und die 1. Beratung eines neuen Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch. Weiter beschloss der Grosse Rat den Verkauf einer Staatsliegenschaft, genehmigte eine Bürgschaftsverpflichtung und eine Abrechnung über einen Investitionsbeitrag sowie die Vereinigung einer Einwohnergemeinde mit ihrer Bürgergemeinde. Schliesslich genehmigte er die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte 1999 der Luzerner Kantonalbank und der Gebäudeversicherung des Kantons Luzern und nahm Kenntnis von den Jahresrechnungen und den Geschäftsberichten 1999 der Landwirtschaftlichen Kreditkasse und der Familienausgleichskasse des Kantons Luzern.

Der Rat vereidigte fünf neue Ratsmitglieder und wählte zehn neue Mitglieder in ständige Kommissionen sowie ein neues nebenamtliches Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts. Weiter behandelte er zwei Petitionen und eine Aufsichtsbeschwerde sowie 25 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang einer Petition, die der Staatspolitische Kommission (Vorsitz: Ruedi Amrein, Malters) zur Vorberatung zugewiesen wurde, und von 21 parlamentarischen Vorstössen. Die für drei Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für alle beschlossen und durchgeführt. Alle traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

Rechtsetzung

Strafprozessordnung. Die Entwürfe von Änderungen der Strafprozessordnung und des Organisationsgesetzes sowie der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung einer Änderung der Geschäftsordnung für das Obergericht gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. April 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 20 vom 20. Mai 2000, S. 1291) wurden in 2. Beratung behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Bernhard Achermann, Richenthal) und mit 88

gegen 14 Stimmen gutgeheissen. Bis zur geplanten Einführung einer eidgenössischen Strafprozessordnung wurden in dieser Revision vor allem Anliegen der rechtsanwendenden Instanzen berücksichtigt: Mit den Bestimmungen zur unentgeltlichen Rechtspflege kann eine gesetzgeberische Lücke geschlossen werden, und das Strafverfahren wird nicht nur gestrafft, sondern durch eine Erweiterung des zur Verfügung stehenden Instrumentariums auch erleichtert. Die Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 16. September 2000, S. 2281) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 15. November 2000.

Totalrevision Staatsverfassung. Die Entwürfe von Änderungen der Staatsverfassung und des Stimmrechtsgesetzes über das Verfahren zur Totalrevision der Staatsverfassung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. Februar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 12 vom 25. März 2000, S. 787) wurden in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und in der Fassung des Regierungsrates und der vorberatenden Kommission gutgeheissen. Neu sollen die Erarbeitung und die Beratung des Entwurfs einer neuen Verfassung nicht wie heute vorgeschrieben einem Verfassungsrat übertragen werden, sondern der Regierungsrat soll dem Grossen Rat dazu Botschaft und Entwurf zur Beratung vorlegen. Dabei soll der Verfassungsentwurf von einer vom Regierungsrat zu wählenden, breit abgestützten Projektorganisation erarbeitet werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Neues EGZGB. Der Entwurf eines neuen Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Mai 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 3. Juni 2000, S. 1431) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Bernhard Achermann, Richenthal) und weitgehend in der Fassung des regierungsrätlichen Entwurfs gutgeheissen. Das neue Gesetz ersetzt den einige dutzend Male geänderten Vorgänger von 1911. Neben dem wiedergewonnenen systematischen, übersichtlichen Aufbau bringt die Totalrevision mehr Gestaltungsfreiheit für Regierungsrat und Gemeinderäte bei der Aufgabenerfüllung, einen grundlegend neu konzipierten Rechtsschutz und eine Neuordnung des Verfahrens der fürsorgerischen Freiheitsentziehung. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Gemeinde Willisau-Stadt. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Vereinigung der Bürgergemeinde Willisau-Stadt mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 13. Juni 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 30 vom 29. Juli 2000, S. 1911) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen.

Finanzvorlagen

Hochschule für Soziale Arbeit. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung einer Bürgerschaftsverpflichtung zugunsten der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern (HSA) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. Juni 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 30 vom 29. Juli 2000, S. 1912) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und gutgeheissen. Mit der Bürgerschaftsverpflichtung gegenüber der Luzerner Kantonalbank in der Höhe von 2,5 Millionen Franken unterstützt der Kanton die Einrichtung von Schul- und Büroräumen der HSA am neuen Standort Alpenquai in Luzern. Bürgerschaftsverpflichtungen, die den Betrag von einer Million Franken übersteigen, sind durch den Grossen Rat zu genehmigen.

Schiffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über einen Investitionsbeitrag an die Schiffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees (SGV) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 30. Juni 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 30 vom 29. Juli 2000, S. 1913) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Die im Jahr 1995 bewilligten 3,2 Millionen Franken wurden nachgewiesenermassen für die damals geplanten Investitionen der SGV aufgewendet.

Staatsliegenschaft "Gulp" in Willisau. Der Entwurf eines Dekrets über die Genehmigung des Kaufvertrags zwischen dem Staat Luzern und den Einwohnergemeinden Willisau-Stadt und Willisau-Land betreffend die Staatsliegenschaft "Gulp" in Willisau-Land gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. August 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 9. September 2000, S. 2207) wurde behandelt

(Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und mit 95 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 16. September 2000, S. 2293) genehmigte der Rat den Verkauf des Grundstücks, auf dem das Schul- und Konviktsgebäude des ehemaligen landwirtschaftlichen Bildungszentrums Willisau steht, zum Preis von 3 Millionen Franken. Das Dekret unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 15. November 2000.

Wahlen

Grosser Rat. Neu gewählt wurden

- als Stimmzählerin Eva Zihlmann, Horw,
- in die Finanzkommission Paula Giger, Luzern, und Lotti Stadelmann Eggenschwiler, Ruswil,
- in die Kommission Justiz und Sicherheit Margrit Steinhauser, Luzern,
- in die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur Regula Roth-Koch, Luzern, und Rosa Rumi-Bürkli, Alberswil,
- in die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit als deren Präsident Urs Thumm, Emmen,
- in die Kommission Verkehr und Bau Josef Fischer, Triengen,
- in die Redaktionskommission Rosa Rumi-Bürkli, Alberswil, und Odilo Abgottspon, Luzern

Verwaltungsgericht. An die Stelle von Kurt Bieder, Luzern, wurde Felix Schürch, Willisau-Stadt, als nebenamtliches Ersatzmitglied am Verwaltungsgericht gewählt.

Eintritte

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieder Robert Kaufmann, Schenkon, Rosie Bitterli, Luzern, Verena Kleeb, Ebersecken, Ursula Stämmer, Luzern, und Irmgard Amrein, Sursee, traten neu in den Rat ein

- Josef Fischer, Triengen,
- Paula Giger, Luzern,
- Rosa Rumi-Bürkli, Alberswil,
- Käthi Sanz, Luzern,
- Lotti Stadelmann Eggenschwiler, Ruswil.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt aus dem Rat auf Ende Septembersession von

- Willy Möll, Ebikon,

- Valentin Stäheli, Sempach.

Einzelinitiative

Zurückgezogen wurde die Einzelinitiative EI 620 von Beatris Stadler, Luzern, über eine Standesinitiative zur Schaffung einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung von natürlichen Personen.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 169 von Gaby Müller, Luzern, über die Streichung von § 134 Absatz 2 der Zivilprozessordnung,
- M 159 von Erna Müller, Rickenbach, über die Integration neuer Technologien bei der Informationsbeschaffung

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 178 von Regula Schurtenberger, Hochdorf, über die Umsetzung geeigneter Massnahmen zur Sensibilisierung und Bekämpfung des Rechtsextremismus (dringliche Behandlung),
- P Louis Schelbert über den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (als Motion M 103 eingereicht),
- P 91 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Teilprivatisierung von Instituten an den kantonalen Spitälern,
- P 137 von Rico De Bona, Littau, über eine Ergänzung der Signalisation auf der A 2 / Anbringen eines Lastwagen-Überholverbots im Bereich Sonnenbergtunnel bis Lochhof,
- P 146 von Josef Wyss, Büron, über die Erstellung von Umsteigeplätzen an wichtigen Autobahnknoten im Kanton Luzern,
- P 136 von Rico De Bona, Littau, über die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Teilnahme an kantonalen Wahlen und Abstimmungen per Internet,
- P 53 von Margrit Hurschler, Eschenbach, über die Umsetzung des Integrationsauftrags der Schulen

Abgelehnt wurde das Postulat P 119 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über die Subventionsabrechnung der Niveauübergänge Leisibach und Perlenstrasse in der Gemeinde Root.

Zurückgezogen wurde das Postulat P 143 von Armin Steiner, Root, über eine Änderung von § 4e der Besoldungsverordnung für das Staatspersonal (Auszahlung des 13. Monatslohns).

Interpellationen

Mündlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 175 von Walter Stucki, Emmen, über den Nationalsozialismus im Kanton Luzern,
- I 179 von Trudy Haldi, Malters, über Prävention gegen den Extremismus (dringliche Behandlung)

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 180 von Prisca Birrer-Heimo, Rothenburg, über Aussagen in der Abstimmungsbotschaft zum Rechtsformwechsel und zur Teilprivatisierung der Luzerner Kantonalbank (dringliche Behandlung),
- I 152 von Peter Beutler, Meggen, über das Treffen rechtsextremer Gruppierungen in Malters an Pfingsten 2000,
- I 156 von Louis Schelbert, Luzern, über eine drohende Mietzinswelle im Kanton Luzern,
- I 113 von Irmgard Amrein, Sursee, über die Voraussetzungen für den Anspruch auf Mutterschaftsbeihilfe,
- I 124 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über Komplementärmedizin,
- I 155 von Adrian Borgula, Luzern, über den "Letter of Understanding" betreffend Verkehrsplanung in der Region Luzern,
- I 121 von Adrian Borgula, Luzern, über frühere Diskriminierungen gegenüber Sinti, Roma und Jenischen,
- I 142 von Armin Steiner, Root, über Unklarheiten bei den Gemeindewahlen,
- I 116 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Albert-Köchlin-Stiftung,
- I 163 von Margrit Steinhauser, Luzern, über die Auswirkungen des ersten Jahres MAR-Matura im Kanton Luzern 2002

Abgeschrieben wurde die Interpellation I 93 von Robert Kaufmann, Schenkon, über staatliche und private Tätigkeiten und deren Beziehungen zur Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern.

Einfache Anfrage

Schriftlich beantwortet wurde die Einfache Anfrage E 72 von Räto Camenisch, Kriens, über Schwierigkeiten im Telefaxverkehr mit dem Kantonsspital Luzern.